

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport – am
20.10.2011 im Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde,
Kreisausschusssaal.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzende

Frau Ria von Schrötter

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Carola Hartfelder

Frau Gabriele Schröder

Herr Peter Dunkel

bis 18.10 Uhr

Herr Felix Thier

Herr Lutz Lehmann

Frau Karola Andrae

Herr Andreas Noack

Frau Bärbel Laue

Sachkundige Einwohner

Herr Bert Lindner

Verwaltung

Herr Karsten Dornquast, Leiter Amt für Bildung und Kultur

Herr Ralf Neumann, Leiter Kreisentwicklungsamt

bis 18.05 Uhr

Herr Matthias Fröhlich, Sachgebietsleiter Schulverwaltung

Frau Ilka Leistner, Sachgebietsleiterin Bauleitplanung

bis 18.05 Uhr

Frau Birgit Kaminski, Sachbearbeiterin Kreisentwicklungsamt

bis 18.05 Uhr

Frau Heike Becker-Heinrich, Kinderschutzkoordinatorin, Jugendamt

bis 19.00 Uhr

Frau Margitta Wünsche, Sachbearbeiterin Kultur, Amt für Bildung und Kultur

Gäste

Frau Karola Pawlack, Geschäftsführerin Kreissportbund

bis 18.05 Uhr

Herr Borchert, Geschäftsführer der Bücherstadt-Tourismus GmbH Wünsdorf

Herr Buddeweg, Präsident des 1. LSC e. V.

Frau Wittig, Mitarbeiterin Kreissportjugend, Kreissportbund

bis 18.05 Uhr

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Manfred Radan

Sachkundige Einwohner

Frau Nancy Rätsch

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:35 Uhr

- - - - -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Mitteilungen der Vorsitzenden
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 09.06.2011
- 3 Beschlusskontrolle
- 4 Richtlinie zur Förderung des Sports im Landkreis Teltow-Fläming 4-0961/11-IV/1
(Sportförderrichtlinie) vom 15.12.2010
Anwendungsbereiche 2 bis 5
- 5 Richtlinie zur Förderung des Sports 2012 4-1043/11-IV
- 6 Informationen zum Schuljahresbeginn 2011/12
- 7 Inklusion "Schule für alle"
- 8 Informationen über die Rahmenvereinbarungen zwischen dem Ju-
gendamt und dem Staatlichen Schulamt (Beschluss-Nr. 4-1019/11-V)
- 9 Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes (Beschluss-Nr. 4-
0920/11-1) - Überprüfung freiwilliger Aufgaben hier: Neue Galerie
- 10 Sonstiges

Öffentlicher Teil

TOP 1

Begrüßung und Mitteilungen der Vorsitzenden

Frau von Schrötter begrüßt die Anwesenden zur 17. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport. Sie übergibt das Wort an Herrn Dornquast.

Herr Dornquast informiert, dass die Vorlage 4-0945/11-III – Gesamtkonzept für das Gelände der ehemaligen Heeresversuchsstelle Kummersdorf „Museum in der Natur“ im Gegensatz zur geplanten Sitzung vor drei Wochen nicht auf der Tagesordnung steht. Am 12.09.2011 wurde vom Kreistag die Zurückweisung in die Fachausschüsse festgelegt. Der Landrat legte

dann fest, die Vorlage noch einmal durch die Verwaltung prüfen zu lassen. Zwischenzeitlich ist die Vorlage durch die Verwaltungsleitung wieder in die Ausschüsse gegeben worden und wird in der Beratung des Ausschusses für Kultur und Sport am 24.11.2011 auf der Tagesordnung stehen.

Frau von Schrötter teilt mit, dass Herr Bührendt, Leiter des Dezernats V, sowie Herr Gärtner, Leiter des Dezernats IV, aufgrund von Krankmeldungen nicht an der heutigen Sitzung des Ausschusses teilnehmen können.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 09.06.2011

Es liegen keine Einwendungen zur Niederschrift vor. Sie gilt somit als angenommen.

TOP 3

Beschlusskontrolle

Herr Dornquast führt aus, in der Beratung des Ausschusses am 09.06.2011 konnte die Frage des Abgeordneten Thier zu den Aufwendungen Büromaterial der Kreismusikschule von der Verwaltung nicht beantwortet werden. In dem den Unterlagen zu diesem Ausschuss beiliegendem Aktenvermerk wurden diese Bewirtschaftungskosten detailliert aufgeschlüsselt.

TOP 4

Richtlinie zur Förderung des Sports im Landkreis Teltow-Fläming (Sportförderrichtlinie) vom 15.12.2010

Anwendungsbereiche 2 bis 5 (4-0961/11-IV/1)

Einführend zu diesem Tagesordnungspunkt berichtet Herr Neumann, Leiter des Kreisentwicklungsamtes, dass 104 Anträge gestellt wurden. Davon entsprachen 16 nicht der Richtlinie bzw. waren außerhalb der Frist eingegangen, so dass nunmehr 88 Anträge zu berücksichtigen sind. Das Ergebnis in Form der Liste ist ein Vorschlag, über den diskutiert werden sollte.

Herr Lehmann bemerkt, bei den Anträgen des 1. LSC e. V. ginge es vorrangig um Wettkampf- und andere Kosten sowie Kautionen. Das Ziel des Ausschusses soll aber die Förderung des Kinder- und Jugendsports sein. Ihn interessiert, wie sich die vorgeschlagene Fördersumme für den 1. LSC zusammensetzt.

Frau von Schrötter teilt mit, dass Herr Buddeweg, Präsident des 1. LSC e. V., sie im Vorfeld um das Rederecht gebeten hat. Nach Befragung der Mitglieder des Ausschusses votieren diese einstimmig dafür. Frau von Schrötter erteilt Herrn Buddeweg das Rederecht.

Herr Buddeweg bedankt sich für die Unterstützung in der Vergangenheit und betont, die Förderung ist ein sehr wesentlicher Beitrag für den Erhalt der Kinder- und Jugendarbeit. Weiter berichtet er von der Arbeit des Vereins in Arbeitsgemeinschaften und Schulen. Gegenwärtig sind elf U 23-Sportler im Verein. Von diesen haben neun einen Platz in der Nationalmannschaft der BRD. Der Verein ringt überwiegend mit deutschen Ringern. In der Staffel ist es die jüngste Mannschaft. Um dies zu erhalten, bittet Herr Buddeweg um die erneute Unterstützung im Rahmen der Sportförderung. Er führt weiter aus, der Verein hat nicht nur für die Bundesliga, sondern grundsätzlich für Wettkämpfe Abgaben an den Deutschen Ringerbund zu leisten, die im Wesentlichen auch die Positionen des Förderantrages bilden.

Auf Nachfrage von Frau von Schrötter betont Herr Buddeweg, dieses Geld dient nicht dazu, die Ringer gegen Entgelt in die Wettkämpfe zu schicken

Frau von Schrötter dankt Herrn Buddeweg und bittet um Diskussion zu den Vorschlägen der Verwaltung.

Herr Neumann merkt an, dass es zwischenzeitlich eine Haushaltskürzung gab. Von jedem Produkt mussten generell 1,3 % eingespart werden. Diese 1,3 % wurden vom größten Posten, den Ringern abgezogen. Diese würden somit nicht mehr mit 20.000 € gefördert, sondern nur mit 18.760,00 €

Auf Nachfrage von Frau von Schrötter, warum dem Ausschuss nicht der aktuelle Entwurf vorliegt, erklärt Frau Kaminski, dass es beim Einreichen der Vorlage und der Haushaltskürzung zu einer zeitlichen Überschneidung kam. Die Vorlage wurde daher nicht noch einmal neu verteilt.

Frau Hartfelder ist nicht bereit, ohne eine aktuelle Vorlage abzustimmen und bittet die Vorlage von der Tagesordnung zu nehmen.

Frau von Schrötter stimmt dem zu. Sie meint aber, da die einzige Veränderung in der Fördersumme für die Ringer liegt, ist diese Veränderung nachvollziehbar. Da ein Antrag von Frau Hartfelder vorliegt, bittet sie die Ausschussmitglieder darüber zu beschließen, den Einreicher zu bitten, diese Vorlage von der Tagesordnung zu nehmen.

Ja-Stimmen: 3
Nein-Stimmen: 5
Enthaltungen: 1

Frau von Schrötter stellt fest, somit wird die Verwaltung nicht gebeten, diese Vorlage von der Tagesordnung zu nehmen.

Herr Noack hält die vorgeschlagene Fördersumme für die Ringer im Vergleich zu anderen Vereinen, die auch eine wichtige Arbeit im Kinder- und Jugendsport leisten, für unverhältnismäßig hoch.

Diese Diskussion hält Herr Thier für nicht angebracht, da die Kinder- und Jugendarbeit des 1. LSC e. V. Ringer hervorgebracht hat, die im Nationalteam ringen.

Frau von Schrötter bittet die Mitglieder des Ausschusses um Abstimmung, vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes durch das Ministerium des Innern, die Vorlage der Verwaltung wie vorgelegt zu beschließen.

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 2
Enthaltungen: 2

Frau von Schrötter stellt fest, die Vorlage ist somit beschlossen.

TOP 5

Richtlinie zur Förderung des Sports 2012 (4-1043/11-IV)

Frau von Schrötter erläutert, der Ausschuss hat von der Verwaltung eine Vorlage erhalten, auf deren Grundlage er und später der Kreistag beschließen kann, wie mit der Sportförderung im Landkreis Teltow-Fläming umgegangen wird. Sie übergibt an das Wort an Frau Kaminski

Frau Kaminski führt aus, die Beweggründe der Verwaltung, nicht mehr so kleinteilig zu fördern, sind dem Diskussionspapier zu entnehmen. Die Sportentwicklungsplanung ist fast fertiggestellt. Die Handlungsempfehlungen der BTU Cottbus werden dem Ausschuss in der Sitzung am 24.11.2011 vorgestellt. Weiter erklärt sie, dass sich aus den Ergebnissen, die zum einen von der Universität Potsdam und darauf aufbauend von der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus erwachsen sind, die Verwaltung gezwungen sieht, sportpolitisch umzudenken. Aus diesem Grund hat die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Kreissportbund Teltow-Fläming e. V. beraten, wie dieses nach den heutigen Gegebenheiten umgesetzt werden könnte. Auch unter haushaltspolitischen Gesichtspunkten muss die Förderung neu ausgerichtet werden. Sie gibt zu bedenken, dass von den Sportvereinen ebenfalls ein Umdenken erfolgen muss, da viele Kommunen bereits Vereinsfördersatzungen haben und somit die Sportvereine unterstützen können. Frau Kaminski bittet um die Meinung der Mitglieder des Ausschusses.

Herr Lehmann findet die Sportentwicklungsplanung richtig sowohl für die Entwicklung des Sports als auch für die Betätigung der Bevölkerung. Seiner Meinung nach kann aber die Sportförderung aufgrund des viel zu geringen Volumens die Entwicklung der Sportstätten nicht unterstützen.

Er hat sich im Vorfeld dieser Beratung über die Sportförderung Gedanken gemacht und einen Vorschlag schriftlich bei Frau Kaminski eingereicht.

Herr Lehmann liest dem Ausschuss seinen Vorschlag vor (Anlage).

Er erklärt, die geringen Fördermittel, die zur Verfügung stehen, könnten mit einer Kinder- und Jugendpauschale gerecht verteilt werden. Weiter wäre auch die Haushaltsplanung für das laufende Jahr unkompliziert und der Kreistag hat eine feste Summe, die er beschließen kann.

Frau von Schrötter bezeichnet den Vorschlag von Herrn Lehmann als einen Weg. Als einen anderen Weg sieht sie, das Votum der Bürgermeister bei der Haushaltsdiskussion ernst zu nehmen. Dieses besagt, dass Förderungen auf Kreisebene stattfinden, die aber nicht auf Kreisebene gehören. Es ist eine ureigene Aufgabe der Kommunen, ihre Vereine zu fördern. Sie schlussfolgert, dass die Kinder- und Jugendarbeit in den Vereinen, die in den Kommunen ansässig sind, stattfindet. Folgerichtig müsste die Förderung durch die Kommunen gewährleistet werden.

Bezogen auf die Traditions- und Großveranstaltungen möchte sie von der Verwaltung wissen, was zu diesen Traditions- und Großveranstaltungen zählt, wie die Finanzierung derzeit ist und was geschieht, wenn eine Förderung durch den Landkreis nicht stattfinden würde und ob diese Förderung dann durch die entsprechende Kommune übernommen wird.

Herr Neumann sagt eine Prüfung zu.

Herr Lehmann spricht die im vorher behandelten Tagesordnungspunkt beschlossene Förderung von u. a. vier Traditionsveranstaltungen mit einer Fördersumme von z. B. 1.000 € bei einer Größenordnung von 30.000 € an. Er ist der Meinung, dass eine solche Summe von der Kommune abgedeckt werden kann. Er verweist noch einmal auf seinen Vorschlag, mit dem eine gerechte Verteilung der Fördermittel gewährleistet wäre. Seiner Kenntnis nach wird die Sportförderung auch im Landkreis Oberhavel so praktiziert.

Frau Andrae schließt sich dem Vorschlag von Herrn Lehmann an, da ihrer Meinung eine kleinteilige Förderung auch zu viel Verwaltungskraft kostet. Weiter möchte sie die Anbindung der Stelle Jugendsport und den Inhalt der Stelle wissen.

Herr Dornquast antwortet, Frau Wittig ist seit vielen Jahren für die Kreissportjugend tätig. Bisher wird diese Stelle über den Bereich des Jugendamtes gefördert und hat dort einen separaten Haushaltsansatz. Durch die avisierte Neuordnung des Sports aus dem Kreisentwicklungsamt in das Amt für Bildung und Kultur würde das Amt für Bildung und Kultur nach Beschluss der Förderrichtlinie durch den Kreistag, diesen Haushaltsansatz aus dem Jugendamt übernehmen, um die Stelle abzusichern. Er erklärt, diese Stelle wird demnach schon durch den Landkreis bezuschusst. Frau Wittig ist anwesend und kann sich ebenfalls dazu äußern.

Herr Noack möchte den Inhalt der Stelle von Frau Wittig beschrieben haben.

Nach Befragung der Mitglieder des Ausschusses erteilt Frau von Schrötter Frau Wittig das Rederecht.

Frau Wittig stellt sich als Mitarbeiterin der Jugendabteilung im Kreissportbund Teltow-Fläming e. V. vor, von der zurzeit 8759 Kinder vertreten werden. Hauptschwerpunkt ist die offene Kinder- und Jugendarbeit im Sport, speziell im Kinderbereich. Weiter berichtet Frau Wittig von der Betreuung spezieller Projekte an den Schulen. Allein in diesem Jahr gab es persönlichen Kontakt mit ca. 1700 Kindern und Jugendlichen. Ziel der Jugendabteilung ist es, für diese Kinder Sportvereine zu finden. Weiter berichtet sie u. a. von Ferienfreizeiten, Schnupperprojekten sowie der Ausbildung von ehrenamtlichen Jugendwarten.

Frau von Schrötter ergänzt, die bisherige Förderung, die im Jugendamtsbereich stattfindet, umfasst die offene Kinder- und Jugendarbeit. Diese wird auch vollumfänglich dort abgedeckt. Als weitere Aufgaben gehören auch die Beratungsarbeit, die sozialpädagogische Beratung und insbesondere auch die sozialpädagogisch orientierte Gruppenarbeit, die hier nicht abgedeckt werden. Daher wurde auch im Jugendhilfeausschuss darüber diskutiert, dass diese Stelle eher dem Sportbereich zugeordnet werden sollte.

Frau Hartfelder berichtet, der gesamte Jugendhilfeausschuss hat sich so positioniert. Sollte über den Sport diese halbe Stelle nicht finanziert werden, dann müsste noch einmal über die Ausgestaltung des 510-Stellen-Programms nachgedacht werden. Sie erklärt sich nicht bereit, auf diese halbe Stelle zu verzichten.

Frau von Schrötter schlägt vor, diese Richtlinie mit den Personalkostenbindungen von der Geschäftsführerin des Kreissportbundes sowie der angestellten Mitarbeiterin für den Jugendsport zu verfassen.

Herr Thier bittet Frau Kaminski nicht nur Pauschalen festzusetzen, sondern auch andere Varianten vorzuschlagen, ggf. auch mit Einsparpotenzial.

Frau von Schrötter würde es begrüßen, dass die Richtlinie so aufbereitet wird, dass der Ausschuss über Varianten entscheiden kann. Eine Variante wären die Personalkosten, eine weitere Variante wären die Traditions- und Großveranstaltungen, hinzu kommt die flexible Größe, die Kinder- und Kopfpauschale.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, beendet Frau von Schrötter diesen Tagesordnungspunkt und dankt der Verwaltung im Voraus für die Arbeit.

TOP 6

Informationen zum Schuljahresbeginn 2011/12

Herr Otto, Leiter des Staatlichen Schulamts, informiert anhand einer vorher ausgegebenen Vorlage zu den neuen landesweiteren Regelungen, weiterhin zum Stand und der Entwicklung der Schülerzahlen.

Er beginnt mit der Erläuterung der neuen landesweiten Regelungen. Als wesentlichste Änderung bezeichnet er die Neufassung des Brandenburgischen Schulgesetzes im Bereich der schulischen Gremien und zwar dahingehend, dass der Vertreter des Schulträgers mit dem neuen Schuljahr Mitglied in der Schulkonferenz der Schulen ist. Somit hat der Vertreter des Schulträgers direkt Stimmrecht in jeder Schulkonferenz. Diese Aufwertung bedeutet auch, dass der Vertreter des Schulträgers zu allen anderen Gremien der Schule eingeladen werden soll, wenn es um Fragen geht, die ihn betreffen. Weiter informiert Herr Otto über die Neufassung der VV-LRSR, die Änderung der Grundschulverordnung, die Überarbeitung der Sekundarstufe I-Verordnung, das Wirksamwerden der GOSTV 2009 an Gesamtschulen und Beruflichen Gymnasien sowie die Neufassung der VV - Ganztage. Er macht auf die Besonderheit aufmerksam, dass in diesem Jahr der gemeinsame Abiturjahrgang 12/13 zu verzeichnen ist, was im nächsten Jahr auch Auswirkungen auf die Studiengänge hat. Zu den Veränderungen berichtet Herr Otto über die Neueinstellungen, befristeten Einstellungen sowie Umsetzungen von Lehrern.

Dazu bemerkt Frau von Schrötter, dass es sie traurig macht, dass eine Verkürzung der Schulzeit umgesetzt wird ohne für den notwendigen Anschluss zu sorgen. Das führt dann dazu, dass einige junge Menschen sich nach der Schule erst einmal im „luftleeren Raum“ befinden.

Weiter fragt sie, ob eine Planung für die nächsten Jahre vorliegt, wie viele Lehrer ausscheiden und ob diese Stellen dann wieder besetzt werden können.

Herr Otto antwortet, es gibt natürlich eine Grobplanung, aus der hervorgeht, dass zumindest für die nächsten drei Jahre die jeweiligen Nachbesetzungen unkompliziert sind. Punktuell kann es natürlich zu Engpässen kommen, da es schwieriger wird für bestimmte Schulformen Nachwuchs zu finden. Besonders betrifft das den Bereich Sonderpädagogik, an den Oberschulen ist besonders der naturwissenschaftliche Bereich betroffen.

Auf Nachfrage von Frau Hartfelder erklärt Herr Otto, dass es an den OSZ keinen Mangel an Lehrkräften gibt.

Anhand der Übersicht über die Schulen im Landkreis Teltow-Fläming ist ersichtlich, dass in diesem Jahr erstmalig eine völlige Konstanz vorhanden ist. Im Landkreis gibt es 56 Schulen, davon sind 51 öffentlich und 5 befinden sich in freier Trägerschaft.

Bei den Schülerzahlen ist in den Grundschulen ein kleiner Rücklauf zu verzeichnen, aber der Einschulungsbereich liegt jetzt immer konstant im Rahmen zwischen 1200 und 1300 Schülern/innen.

Der Anteil der Schüler/innen an Schulen in freier Trägerschaft ist von 4,3 % auf 4,9% gestiegen, damit befindet sich der Landkreis Teltow-Fläming aber noch deutlich unter dem Landesdurchschnitt.

Frau von Schrötter dankt Herrn Otto für die Ausführungen.

TOP 7

Inklusion "Schule für alle"

Herr Otto informiert über die Förderschulen im Landkreis mit dem jeweiligen prozentualen Anteil der Förderschwerpunkte. Er führt aus, das Land Brandenburg beabsichtigt, erst einmal

die drei Förderschwerpunkte „Lernen“, „emotionale und soziale Entwicklung“ sowie „Sprache“ zu integrieren. Schon jetzt wird an 45 der 51 öffentlichen Schulen im Landkreis ein gemeinsamer Unterricht von Schülern/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf und Schüler/innen ohne Förderbedarf praktiziert. Das bedeutet, der Landkreis fängt in Bezug auf die Inklusion nicht bei „Null“ an. Er erklärt weiter, bei der Inklusion geht es in erster Linie um die Herstellung einer Akzeptanz bei allen Beteiligten und dass man Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf und ohne Förderbedarf entsprechend unterrichtet ohne Minderung der Qualität des Unterrichts. In den nächsten Jahren sollen die Standorte mit dem gemeinsamen Unterricht ausgebaut werden. Vorgesehen ist, die Lehrer/innen an den Schulen fortzubilden, um sie in die Lage zu versetzen, den gemeinsamen Unterricht durchzuführen. Vom Land wird es Vorgaben geben, wie eine inklusive Schule von Seiten des Personals zukünftig auszugestaltet ist. Weiter ist vom Land vorgesehen, dass ab dem Schuljahr 2015/16 keine Einschulungen mehr an den Förderschulen für „Lernen“ und „emotionale und geistige Entwicklung“ mehr vorgenommen werden, so Herr Otto.

Frau Schröder bemerkt, wenn behinderte und nichtbehinderte Kinder zusammen lernen sollen, müssen nicht nur personelle, sondern auch bauliche Voraussetzungen geschaffen werden. Sie erinnert an den Haushalt des Landkreises und kann sich daher nicht vorstellen, dass diese baulichen Voraussetzungen in den nächsten Jahren geschaffen werden können. Sie hält eine finanzielle Unterstützung durch das Land für notwendig. Weiter spricht sie die notwendige personelle Unterersetzung an, da schon jetzt Sozialpädagogen fehlen.

Herr Otto betont, im Moment geht es vorrangig um die Förderschulen „Lernen“, „emotionale und geistige Entwicklung“ und „Sprache“. Die Schulen für Kinder mit Körperbehinderungen bleiben erst einmal bestehen. Zur Frage der Sonderpädagogen erklärt er, zurzeit werden nur ausgewählte Schulen betrachtet, für diese sind dann auch die Sonderpädagogen da. Bei der flächendeckenden Einführung 2015/16 ist es dann so, dass der Bedarf an den Förderschulen an Lehrern/innen dann weniger wird und diese Lehrer/innen an den allgemeinbildenden Schulen sukzessive für den gemeinsamen Unterricht herangezogen werden.

Herr Fröhlich erklärt zu den baulichen Voraussetzungen, bei Neubauten und Umbauten besteht auch jetzt schon die Verpflichtung, behindertengerecht zu bauen oder umzubauen.

Frau Schröder kann sich nicht vorstellen, dass die Kommunen als Schulträger ohne Unterstützung vom Land das bewältigen können.

Herr Otto informiert, dass es ein bundesweites Problem ist. Die Kultusminister haben darauf hingewiesen, dass es vom Bund Programme geben muss, um die Kommunen in die Lage zu versetzen, die Inklusion flächendeckend durchzuführen.

TOP 8

Informationen über die Rahmenvereinbarungen zwischen dem Jugendamt und dem Staatlichen Schulamt (Beschluss-Nr. 4-1019/11-V)

Frau von Schrötter übergibt das Wort an Frau Becker-Heinrich.

Frau Becker-Heinrich erläutert, dass sie in ihrer Funktion als Kinderschutzkoordinatorin an der Erarbeitung der Rahmenvereinbarung mitgewirkt hat. Weiter führt sie aus, diese Erarbeitung hat einen längeren Zeitraum eingenommen, da es durch den Schulbereich und den Jugendbereich zwei verschiedene gesetzliche Grundlagen gibt. Beide sind verpflichtet, für das Wohl der Kinder zu sorgen, die jeweiligen Verfahren sind aber recht unterschiedlich. Im Bereich der Jugendhilfe wurde ein Bedarf der Schulen festgestellt, das in einer Kooperation

zu klären. Sie erklärt, aus diesem Grund soll es diese Rahmenvereinbarung mit dem Staatlichen Schulamt geben, die letztendlich nur ein Übergerüst über die noch anstehenden Kooperationsvereinbarungen mit den einzelnen Schulen darstellt.

Frau von Schrötter dankt Frau Becker-Heinrich und fasst zusammen, wenn im Ergebnis jeder Lehrer weiß, wer im Jugendamt zuständig für die Schüler/innen seiner Schule ist, ist das schon ein Fortschritt. Sie glaubt im Sinne aller Ausschussmitglieder zu sprechen, dass das wohlwollend zur Kenntnis genommen wird und wünscht eine baldige Umsetzung dieser Rahmenvereinbarung.

TOP 9

Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes (Beschluss-Nr. 4-0920/11-1) - Überprüfung freiwilliger Aufgaben

hier: Neue Galerie

Frau von Schrötter erklärt, bei der Diskussion über die freiwilligen Aufgaben geht es nicht um die gesamte Streichung, sondern es geht um die Überprüfung, welche dieser freiwilligen Aufgaben dem Landkreis zuzuordnen sind und welche an die Kommunen übertragen werden können, weil sie hoheitlich und ursprünglich dahin gehören.

Sie berichtet weiter, zu diesem speziellen Punkt „Neue Galerie“ hatte Herr Borchert, Geschäftsführer der Bücherstadt-Tourismus GmbH Wünsdorf, im Vorfeld darum gebeten, dem Ausschuss eine Stellungnahme abzugeben. Nach Befragung der Mitglieder des Ausschusses erteilt sie Herrn Borchert das Rederecht.

Herr Borchert bedankt sich für das Rederecht. Er führt aus, es gibt drei Gründe, die den Kreistag bewegen sollten, diese Galerie auch in Zukunft zu erhalten. Der erste Grund ist, die Galerie stellt ein künstlerisches Zentrum im Norden des Landkreises dar, das eine Bildungsstätte für unsere Schüler sowie eine Heimstätte für unsere Künstler ist. Weiter spricht er die moralische Verantwortung des Landkreises an. Seiner Meinung nach wäre es eine „höchste Peinlichkeit und ein Armutszeugnis“, wenn eine Einrichtung der öffentlichen Hand, die mit viel Initiative am Leben erhalten wurde, zum Jahresende oder darüber hinaus schließen müsste. Als weiteren Grund gegen die Schließung verweist er auf das sich dann noch verschärfende kulturelle „Süd-Nord-Gefälle“.

Als Empfehlung für den Kreistag schlägt Herr Borchert folgenden Kompromiss vor:

Die Neue Galerie des Landkreises wird in der Bücherstadt im Jahr 2012 unter den Konditionen von 2011 fortgeführt. Die Betreiber dieser Neuen Galerie, die Mitarbeiterinnen des Landkreises, und die Verantwortlichen vor Ort haben bis Mitte des Jahres 2012 ein Konzept vorzulegen, wie diese Galerie professionell im Jahr 2013 fortgeführt werden kann und dabei den Haushalt des Landkreises massiv entlastet.

Frau Hartfelder findet die Ausführungen von Herrn Borchert sehr interessant und den unterbreiteten Vorschlag akzeptabel, auch ist ihr das bestehende, auch von Frau Andrae immer wieder thematisierte, kulturelle „Süd-Nord-Gefälle“ noch nie so aufgefallen.

Frau von Schrötter stellt Herrn Borchert die Frage, ob die Möglichkeit geprüft wird, dass die Stadt Zossen sich mitbeteiligt. Sie erklärt, andere Gemeinden müssen ihre Kulturstätten auch am Leben erhalten und die dafür erforderlichen Mittel in ihren Haushalt einstellen.

Dazu erklärt Herr Borchert, diese Galerie ist im Besitz des Landkreises. Wenn die Galerie weitergeführt werden soll, müsste dieser mit der Stadt Zossen in Verbindung treten. Weiter befürchtet er, dass die Stadt Zossen nicht diese professionelle Betreuung wie von den Mitarbeiterinnen des Landkreises gewährleisten kann. Er sieht solche Kunstexperten und Galerieexperten wie im Landkreis im Rathaus Zossen nicht. Herr Borchert könnte sich aber eine finanzielle Kooperation mit der Stadt Zossen vorstellen.

Frau von Schrötter erinnert noch einmal daran, der Ausschuss und die Verwaltung haben die Aufgabe zu überprüfen, was realisierbar ist. Andere Gemeinden hätten auch gern eine Galerie des Kreises. Daher findet sie es wichtig zu klären, wie die Stadt Zossen mit einbezogen werden kann.

Frau Andrae kritisiert, dass vorrangig die Kultureinrichtungen im Bereich Zossen hinterfragt werden, nicht aber die großen Projekte im Süden des Landkreises. Sie erinnert daran, dass die Kleine Galerie, ehemals im Besitz des Landkreises, durch die Stadt Zossen weitergeführt wird. Den Vorschlag von Herrn Borchert findet sie gut. Weiter macht sie darauf aufmerksam, dass es nicht nur um die Miete für die Galerie geht, sondern auch um Personalkosten. Diese Zahlen müssen erst offengelegt werden.

Herr Dornquast verweist auf die von der Verwaltung erarbeitete Kurzzusammenfassung mit dem Sachverhalt zu diesem TOP. Aus dieser kann entnommen werden, auf welcher Grundlage die Galerie errichtet wurde, was die Aufgabe der Galerie ist, wie die Galerie bisher betrieben wurde. Auch wurde dargestellt, wie viel Prozent der Personalkosten aus dem Bereich Kultur enthalten sind.

Herr Lehmann stimmt den Ausführungen von Herrn Borchert zu. Er hält es für unverantwortlich, die Galerie ohne Konzept zu schließen. Seiner Meinung nach muss die Kündigung zurückgenommen und eine langfristige Lösung gefunden werden. Der Landkreis kann sich nicht seiner Verantwortung entziehen. Er erklärt, es gibt große Projekte, bei denen gespart werden kann.

Frau von Schrötter bemerkt noch einmal, dass es nicht gegen die Galerie geht. Sie erinnert an die Haushaltsdiskussion im Kreistag und dass die Bürgermeisterin von Zossen für die Streichung sämtlicher freiwilliger Aufgaben des Landkreises war. Daher sollte man ernsthaft Aufgaben umverteilen. Auch die vom Kreis initiierten Aufgaben sind evtl. vom Kreis übergebbar an die jeweilige Kommune.

Auch Herr Thier begrüßt den Vorschlag von Herrn Borchert und sieht Einigkeit bei allen Mitgliedern des Ausschusses. Er sieht es als einen Anspruch, dass alle freiwilligen Aufgaben überprüft werden.

Herr Noack hätte sich gewünscht, dass eine Liste aller freiwilligen Aufgaben vorliegt mit den Vorschlägen der Verwaltung, wo gespart werden soll.

Dazu führt Herr Dornquast aus, die Fachämter wurden vom zuständigen Dezernenten, Herrn Albrecht, aufgefordert, entsprechende Zuarbeiten zu leisten. Für das Amt für Bildung und Kultur wurde eine eindeutige Übersicht der durch das Amt wahrgenommenen freiwilligen Aufgaben, die nicht gesetzlich normiert sind, mit dem Aufwand, mit dem jeweiligen Standort und mit der jeweiligen Zielgruppe der Tätigkeit dieser Einrichtung oder des vorgehaltenen Angebotes, erstellt. Er geht davon aus, dass das in der politischen Diskussion im Haushalts- und Finanzausschuss bzw. in den zu bildenden oder schon vorhandenen Arbeitsgruppen realisiert wird. Zu der Frage, warum die Galerie heute ein Thema ist, erklärt er, im Rahmen der Haushaltsdiskussion im Frühjahr dieses Jahres kam die Aufforderung an den Kreistag, sofortige Ansatzmöglichkeiten aufzuzeigen. Der Landrat hat im Kreistag dazu ausgeführt, dass aufgrund der Kündigungsfrist vom 30.06. zum Jahresende durch die Verwaltungsleitung entschieden wurde, vorbehaltlich den Mietvertrag für die Neue Galerie zu kündigen und dann in die politische Diskussion zu gehen. Herr Dornquast bittet den Ausschuss sich zu positionieren, um der Verwaltungsleitung im Ergebnis der heutigen Sitzung mitzuteilen, wie die Diskussion verlaufen ist. Es muss entschieden werden, ob der Mietvertrag neu aufgegriffen wird, um entsprechende Haushaltsvorsorge für das Jahr 2012 vorzunehmen.

Frau von Schrötter hält den Vorschlag, das nächste Jahr zu nutzen, für gut. Sie weist aber darauf hin, dass die Kündigung des Mietvertrages ein Signal war, das man nicht mehr überhören kann, initiiert von der aktuellen Haushaltssituation und der daraus folgenden Diskussion. Gleichzeitig wünscht sie sich, dass das Thema „Kosten des Museums des Teltow“ aktuell bleibt.

Frau von Schrötter fasst das Ergebnis der Diskussion zu diesem TOP zusammen. Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport empfiehlt einstimmig der Verwaltungsleitung:

Der Mietvertrag für die Neue Galerie soll bis Ende des Jahres 2012 verlängert werden. Gemeinsam mit den Verantwortlichen des Landkreises, des sich gründenden Fördervereins und unter Einbeziehung der Stadt Zossen sowie Unterstützung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport soll ein Konzept zum Weiterbetreiben der Galerie erarbeitet werden.

Herr Dornquast bedankt sich für das Votum und sagt die entsprechenden Vorbereitungen durch die Verwaltung zu. Weiter bietet er an, dass die Aufstellung freiwilliger Leistungen des Amtes für Bildung, Kultur und Sport dem Protokoll beigelegt wird.

Frau Andrae schlägt vor, die Problematik der Neuen Galerie im geplanten Ausschuss im April 2012 auf die Tagesordnung zu nehmen.

TOP 10 **Sonstiges**

Die Termine des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport sind folgende:

Donnerstag, 19.01.2012

Donnerstag, 08.03.2012

Donnerstag, 19.04.2012

Donnerstag, 31.05.2012

Donnerstag, 30.08.2012

Donnerstag, 18.10.2012

Donnerstag, 06.12.2012.

Diese Termine sind abgestimmt mit den Terminen des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt, der auch donnerstags tagt.

Auf Nachfrage von Frau von Schrötter gibt es zu diesen Terminen keinen Einwand von Seiten der Mitglieder des Ausschusses.

Herr Thier erinnert an die Berichterstattung zum Gewaltvorfall an der Ebert-Grundschule. Er führt weiter aus, die betroffenen Schüler, die zum damaligen Zeitpunkt in der 6. Klasse waren, müssten jetzt einen Schulwechsel vollzogen haben. Die festgelegten Sanktionen besagten, die Schüler an verschiedene Schulen unterzubringen. Er befürchtet aber, dass diese Schüler wieder an einer Schule gemeinsam unterrichtet werden. Er stellt daher Herrn Otto die Frage, ob dieser seine Befürchtungen bestätigen kann und wenn ja, ob vorsorgliche Maßnahmen getroffen wurden.

Herr Otto antwortet, die Schülerinnen und Schüler besuchen gemeinsam eine Schule und ihm sind keine Vorkommnisse seit dem Schuljahresbeginn bekannt.

Da es keine weiteren Nachfragen gibt, beendet Frau von Schrötter die Sitzung und wünscht allen eine gute Heimfahrt.

Datum: 09.11.2011

gez. Ria von Schrötter
Die Vorsitzende

Heike Linke
Protokollantin